



Der Kauf sexueller Dienstleistungen wird in Schweden kriminalisiert, nicht aber der Verkauf.

JEAN-CHRISTOPHE BOTT / KEYSTONE

Aus den Augen, aber nicht aus der Welt

In der Schweiz wird immer wieder die Forderung laut, käuflichen Sex zu verbieten. Schweden kennt ein solches Gesetz seit bald zwanzig Jahren. Die Prostituierten selbst sind nicht glücklich darüber. VON RUDOLF HERMANN

Das Mädchen sitzt traurig vor der Metrostation Hötorget, den Kopf über eine Bronzeplatte gebeugt. Ein Gedicht ist in die Platte eingraviert: «Ich bin ein Fremdling in diesem Land / aber dieses Land ist kein Fremdling in mir! / Ich bin nicht zu Hause in diesem Land / aber dieses Land tut so, als wäre es zu Hause in mir!»

Auch das Mädchen ist aus Bronze, eine Skulptur aus dem Jahre 1980 des Bildhauers Ernst Nordin. Diese Ecke Stockholms, an der Grenze zwischen dem geschäftigen Innenstadbezirk Normalm und dem vornehmen Östermalm, galt damals als Zentrum der Strassenprostitution. Das Gedicht von Bengt Gunnar Ekelöf handelt von einer verletzlichen Person, die mit einem widrigen Umfeld konfrontiert ist. Weshalb Nordins Statue gerade hier zu stehen kam, liegt angesichts der Geschichte des Ortes auf der Hand.

Soziale Ächtung der Freier

Nach dem Willen des Gesetzgebers sollte heute nur noch die Skulptur an die Strassenprostitution erinnern. Denn vor zwanzig Jahren erliess Schweden, als erstes Land weltweit, ein Gesetz, das mit einer asymmetrischen Lösung die Prostitution ausmerzen sollte: Der Kauf sexueller Dienstleistungen wurde kriminalisiert, nicht aber der Verkauf. Das Gesetz entsprang der schwedischen Politik der Geschlechtergleichstellung, die den Kauf sexueller Dienstleistungen grundsätzlich als Gewalt gegen Frauen und Ausdruck patriarchalischer Strukturen klassifizierte. Nur der Käufer sollte belangt werden, da er aus einer Position der Macht handle. Die Verkaufenden hingegen sollten als Angegriffene nicht auch noch mit juristischen Folgen zu kämpfen haben. Das Stigma der Prostitution, so die gesellschaftsphilosophische Stossrichtung des Gesetzes, sollte von den anbietenden Frauen auf die nachfragenden Männer übergehen.

Anfang 1999 wurde die Strafnorm eingeführt. Seither hat sie in der schwedischen Gesellschaft zunehmenden Rückhalt gefunden. Im Vorfeld der Ver-

abschiedung war in Umfragen nur ein Drittel der Bevölkerung positiv eingestellt. Verschiedene Erhebungen von 1999 bis 2008 zeigten eine wachsende Mehrheit von Befürwortern. Frauen begrüssten das Verbot zu rund 80 Prozent, Männer zu 60 bis 70 Prozent. Seine Meinung geändert hat etwa Johan Ingerö, Spezialist für Sozialpolitik bei der Stockholmer Denkfabrik Timbro. «Ich hielt ein Gesetz, das nur eine Seite einer Transaktion kriminalisiert, am Anfang für unlogisch», sagt er. «Doch rückblickend geht es ja mehr darum, dass man den Betroffenen irgendwie hilft. Jedenfalls ist das Gesetz in Schweden kein grosser Diskussionspunkt mehr.»

Das mag so sein, und die Prostitution mag durch die Strafnorm auch eingeschränkt worden sein – verschwunden ist sie nicht. Auch nicht an der Malmkillnad-Strasse. Vor dem grossen Bürogebäude neben dem Metroeingang liegt eine Wendschleife für Autos. An diesem Abend hat sie ein heller Audi in Abständen von einigen Minuten schon mehrfach langsam durchfahren, um darauf in Richtung Innenstadt zu verschwinden. Doch diesmal hält der Fahrer an und lässt die Scheibe hinunter. Aus dem Schatten des Eingangs eines Bürogebäudes löst sich eine Frauengestalt. Hastig steigt die Frau ein. Der Audi fährt davon. Polizei in Zivil ist bisweilen auch vor Ort und setzt den Autos nach, die «Passagiere» aufnehmen. So versuchen die Beamten, die Fahrer des versuchten Sexkaufs zu überführen. Eine einfache Aufgabe ist das nicht, denn die andere Seite hat ihre «Erklärungen» parat. Zu Verhaftungen kommt es zwar regelmässig, doch bei Verurteilungen werden fast nur Busen ausgestellt. Die Behörde zur Kriminalitätsprävention hat zwischen 1999 und 2016 lediglich drei Verurteilungen zu Gefängnisstrafen erfasst.

Aus Polizeikreisen heisst es, abschreckend wirke allein, dass ein Freier bei einer Verurteilung seine Familie, seinen Job und seine soziale Existenz verlieren könnte. Gerade weil Prostitution in der schwedischen Gesellschaft als inakzeptabel gelte. Die Auswertung des Sexkauf-

Die begleitenden Strafnormen erschweren Prostituierten das Geschäft. Unterkunft kann rasch zum Problem werden.

Gesetzes hat über die Jahre Scharen von Wissenschaftlern und Politikern beschäftigt, aber wenig schlüssige Resultate produziert. May-Len Skilbrei, eine norwegische Professorin für Soziologie und Kriminologie, sagte in einem Interview, das Ende 2017 vom Webportal Science Nord veröffentlicht wurde: Das Thema verleihe Forschern dazu, sich nur diejenigen Resultate herauszupflücken, die ihrer politischen Überzeugung entsprächen. Es sei schwierig, eine klare Faktenlage zu etablieren – etwa zur Frage, ob das Gesetz die Prostitution eingedämmt habe und damit auch den Menschenhandel.

Die Strassenprostitution soll laut Beobachtern zwar seltener geworden sein. Doch inwieweit die neue Strafnorm dafür verantwortlich sei, sei auf verlässliche Weise kaum zu ermitteln, sagt Skilbrei.

Es ist schon kompliziert, herauszufinden, ob sich das Angebot entsprechender Dienste von der Strasse ins Internet verlagert hat. Die allgemeine Immigrationspolitik eines Landes oder die Bedingungen, die Prostituierte in anderen Ländern vorfinden, spielen ebenso eine Rolle wie die Gentrifizierung berüchtigter Stadtteile. Weil es sich um ein Zusammenspiel verschiedenster Faktoren handle, so Skilbrei, sei ein Rückgang der offenen Prostitution auch in Ländern zu beobachten, die diese gesetzlich tolerierten.

Im Süden Schwedens, dem transnationalen Grossraum Malmö-Kopenhagen, verlagerte sich die klassische Prostitution einfach nach Dänemark, wo sie legal ist. Dänemark gilt bei seinen skandinavischen Nachbarn als das «Puff des Nordens». Auch Sugar-Dating, sogenannte Luxusprostitution, gibt es weiterhin. Websites, die auf Schweden zielen, werden einfach ausserhalb betrieben.

Nicht gut kommt das Gesetz bei den Sexarbeiterinnen selbst an. Skilbrei weiss, was auch andere sagen: Die Kriminalisierung der Freier hat dazu geführt, dass die angenehmeren Kunden dem Geschäft eher fernbleiben und bloss die gefährlicheren geblieben sind. Weil die Nachfrage zurückgegangen ist, akzeptieren Prostituierte eher mal einen Freier, den sie zuvor abgelehnt hätten. Zwar können sie einen Freier nun bei der Polizei anzeigen, um sich besser zu schützen. Doch welche Frau, die nicht ihr Geschäft gefährden will, tut das? Nur diejenige, die direkt an Leib und Leben bedroht ist.

Amnesty International kritisiert

Durch das asymmetrische Gesetz wird die anbietende Seite zwar nicht direkt kriminalisiert. Doch die begleitenden Strafnormen etwa betreffend Kuppelei oder Beihilfe zu Kuppelei erschweren den Prostituierten das Geschäft. Unterkunft zum Beispiel kann rasch zum Problem werden. Vermieter gehen kaum das Risiko ein, wegen Verdachts auf Beihilfe zur Kuppelei ins Visier der Justiz zu kommen, wenn sie vom Beruf ihrer Mieterin oder Untermieterin wissen. Hotels führen

schwarze Listen. Aufpassen muss auch, wer eine Wohnung über Plattformen wie Airbnb anbietet. Diese sind zu einer Ausweichmöglichkeit für Sexarbeiterinnen geworden, die aus Sicherheitsgründen nicht in die Wohnung des Freiers gehen wollen, diesen aber auch nicht in ihre eigene nehmen können, wenn sie ihre Behausung nicht riskieren wollen.

Seit 2009 wendet auch Norwegen ein solches Prostitutionsverbot an. Wie in Schweden verteidigen hier Politik und Gesellschaft das «nordische Modell» entschieden. Bemerkenswert ist in dieser Diskussion die Position der Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI). In einem 2016 erstellten, fast hundertseitigen Bericht, der Bezug auf die Situation in Norwegen nimmt, kommt AI zum Schluss: Der gesetzliche Rahmen, der vorgeblich dem Schutz von Anbieterinnen sexueller Dienstleistungen diene, sei mitverantwortlich und in einigen Fällen sogar direkt ursächlich für Menschenrechtsmissbrauch gegenüber Sexarbeiterinnen.

Die Organisation zitiert das Recht auf persönliche Integrität, auf eine Behausung, Privatsphäre, Zugang zu medizinischer Versorgung und Gleichbehandlung vor der Justiz. Das alles seien internationale Verpflichtungen, die Norwegen durch die polizeiliche Praxis zur Eindämmung des Sexgewerbes unterlaufe. AI zitierte die Position einer Organisation im Sozialbereich, die sogar sagt: Keine andere gesellschaftliche Schicht sei ähnlicher polizeilicher Drangsalierung ausgesetzt und das, obwohl das Anbieten sexueller Dienstleistungen nicht einmal illegal sei.

Das schwedische und norwegische Prostitutionsverbot zielte von Anfang an darauf ab, käuflichen Sex so unattraktiv zu machen, dass es keinen Markt mehr dafür gibt. Das vorgebliche Ziel, die Sexarbeiterinnen zu schützen, bleibe dabei auf der Strecke, sagt die Sozialforscherin Skilbrei: Denn Kollateralschäden würden ja offensichtlich in Kauf genommen. Statt dass das Gesetz Frauen zu mehr Selbstbestimmung verholfen hätte, bleiben sie Opfer.